



Wohin geht es mit den Kindertagesstätten in unserem Land?

Die Projektgruppe Kita des DBB NRW – bestehend aus dem DBB NRW, der komba gewerkschaft nrw, des Verbandes Bildung und Erziehung NRW und der Katholischen Erziehergemeinschaft – hat den im Landtag vertretenen Parteien Wahlprüfsteine rund um das Thema Kita vorgelegt.

Hier die Antworten der Parteien.

Projektgruppe Kita: Familienfreundliche Politik hat drei Akteure: Kinder, Eltern und pädagogische Fachkräfte. Wie sichern Sie die Qualität im Bereich Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder in den Kitas?



Auch wenn die SPD-geführte Landesregierung seit 2010 die Mittel für die frühkindliche Bildung in NRW auf gut 2,8 Milliarden Euro mehr als verdoppelt hat, sind das von CDU und FDP eingeführte KiBiZ und das Pauschalensystem in ihrer Struktur den Anforderungen nicht gewachsen, die ein qualitativ hochwertiges, sozial gerechtes sowie auf Integration und Inklusion ausgerichtetes System der frühkindlichen Bildung an eine auskömmliche Finanzierung stellen. Finanzielle Maßnahmen zur Behebung der strukturellen Unterfinanzierung der frühkindlichen Bildung stoßen an ihre Grenzen und doktern lediglich an den Symptomen der Finanzierungslücke herum, ohne das strukturelle Problem perspektivisch zu lösen. Daher brauchen wir ein neues, auskömmliches und qualitätsförderndes Finanzierungssystem für die frühkindliche Bildung in NRW.

Wir wollen auf Dauer gewährleisten, dass unsere Kitas auskömmlich und qualitätsfördernd finanziert werden. Die künftige Finanzierung der frühkindlichen Bildung in NRW muss sich insgesamt sowohl an einem guten Fachkraft-Kind2 Schlüssel als auch an der realen Kostenentwicklung in den Kitas orientieren und Kommunen und Trägern eine sichere und planbare finanzielle Basis bereitstellen. Kern unseres neuen Finanzierungssystems soll eine Grundfinanzierung sein, die einen qualitätsförderlichen und auskömmlichen Personalschlüssel bereitstellt. Sie beinhaltet zwei Komponenten: Die Sockelfinanzierung und den belegungs-, sozialraum- und einrichtungsabhängigen Zuschuss. Die Sockelfinanzierung sichert für Kitas die Gesamtkosten für die Zahl ihrer Regelplätze im Umfang von 30

Stunden als feste Einrichtungsfinanzierung ab. Im Schnitt bedeutet das eine spürbare Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels – dem wesentlichen Indikator für Qualität in der frühkindlichen Bildung. Das Land soll den Löwenanteil des Sockels finanzieren. Über den 30-Stunden-Sockel als feste Einrichtungsfinanzierung hinaus wird es einen belegungs-, sozialraum- und einrichtungsabhängigen Zuschuss je Kind geben, der die weiteren Kosten deckt und ungleiche Voraussetzungen in den Kitas weiterhin ungleich behandelt. An diesem Zuschuss soll sich das Land finanziell wie bisher beteiligen.



Die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung steht für die CDU Nordrhein- Westfalen an oberster Stelle. Neben der Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels und der Ausstattung der Kindertageseinrichtungen gehören dazu auch verlässliche Betreuungsverhältnisse und eine stabile Betreuungsumgebung. Wir sehen, dass es einer dringenden Neustrukturierung der Kita-Finanzierung bedarf. Wir werden diese Herausforderung gemeinsam in einem transparenten Verfahren mit allen Akteuren der Kindertagesbetreuung konstruktiv angehen. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel werden wir zur Verfügung stellen. Für den Erhalt der Trägervielfalt in Nordrhein-Westfalen wollen wir uns in diesem Prozess ausdrücklich einsetzen.



Wir sichern die Qualität der frühkindlichen Bildung, indem wir im Rahmen eines neuen Gesetzes ein anders, dauerhaft auskömmliches und transparentes Finanzierungssystem schaffen. Wir Grüne wollen zudem die Fach-Kraft-Kind-Relation gesetzlich regeln. Im U3-Bereich wollen wir einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 3 und im Ü3-Bereich einen Personalschlüssel von 1 zu 7.6. Die Fachkraft-Kind-Relation definiert die tatsächliche pädagogische Arbeit mit jedem Kind. Für die Berechnung muss die Zeit abgezogen werden, die für Elterngespräche, Dokumentation, Urlaub, Weiterbildung und Krankheitsausfälle benötigt wird. Die Zeitkontingente für die Arbeit der Kitaleitung müssen an ihre tatsächlichen Aufgaben angepasst werden. Wir wollen zudem Hauswirtschaftskräfte finanzieren, damit Erzieher*innen und KITA-Leitung mehr Zeit zur Verfügung haben.



Jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft, hat das Recht auf bestmögliche Förderung. Damit die Kindertageseinrichtungen dies auch umsetzen können, braucht es eine entsprechend gute Finanzierung (siehe unten). Für die Betreuung von Kindern mit zusätzlichem Sprachförderbedarf oder auch von Kindern mit Behinderung soll den Trägern der Kindertageseinrichtungen ein zweckgebundener, zusätzlicher Zuschuss gewährt werden. Zudem setzen wir auf eine Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe und eine enge Verzahnung der entsprechenden Akteure.



NRW braucht dringend ein neues Kita-Gesetz, das vor allem die auskömmliche Finanzierung der Kitas sicherstellen muss. Politik, Wissenschaft und Praxis mangelt es weder an Wissen um die zu erreichenden Qualitätsstandards, noch an Lösungsansätzen. Wir setzen uns jetzt dafür ein, dass das Land die Augen nicht weiter vor den zu bewältigenden Kosten verschließt – ein Aussitzen der aktuellen Unterfinanzierung vergrößert lediglich die Finanznot der Träger und führt damit unvermeidlich zu Qualitätsverlusten. Die Piratenfraktion hat in der vergangenen Legislaturperiode unter anderem schon 2014 die Verdopplung der Steigerung der Kindpauschalen beantragt, die 2016 vorgenommen wurde, die Notstandsberichte von Träger-/Elterninitiativen im Familienausschuss thematisiert und in parlamentarische Initiativen einfließen lassen, Experten aus Wissenschaft und Praxis die Möglichkeit gegeben, den Abgeordneten den ungeschönten Stand der Dinge vorzutragen, darauf gedrängt, die lang versprochene Reform des KiBiz-Gesetzes (Kitafinanzierung) einzuleiten und transparent zu gestalten, explizit beantragt, zur Überbrückung (bis zu einer neuen auskömmlichen Finanzierung) Mittel freizugeben, die den Trägern die Weiterarbeit bei zumutbarer Qualität ermögliche [Aktuellster Antrag der Piratenfraktion zur verschleppten Kita-Unterfinanzierung: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-13683.pdf>]. Wir werden diesen Weg weitergehen und verurteilen, dass die bisherigen Regierungsfractionen sich für eine Taktik des Aussitzens und der Versprechungen für die Zeit "nach der Wahl" entschieden haben.

Projektgruppe Kita: In der Diskussion ist eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten im Interesse der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wie flexibel kann qualitativ gute Bildungsarbeit in der Kita sein? Wie stellen Sie sich diese Flexibilisierung vor?



Maßgabe bei Einrichtung flexibler Betreuungszeiten ist eine Zeitstruktur, die sowohl dem Wohl und dem Bildungserfolg des Kindes dient, als auch in der notwendigen Flexibilität die berechtigten Bedarfe der Eltern aufgreift. Die Interessen der Beschäftigten in den Kitas und der Träger nach Planungssicherheit müssen dabei ebenso Berücksichtigung finden. Beides lässt sich im Rahmen des KiBiz nicht eins zu eins miteinander verbinden. Indem wir aber über die neue Finanzierung der frühkindlichen Bildung in NRW den Trägern durch die Sockelfinanzierung eine feste Einrichtungsfinanzierung zukommen lassen und damit verlässliche Planungssicherheit gewährleisten, schaffen wir auch die notwendigen Spielräume, um maßvolle und berechtigte Flexibilität zu ermöglichen. Grundsätzlich gilt für die NRWSPD die Maxime, dass nicht die Familien und familienunterstützende Systeme arbeitsmarktgerechter, sondern der Arbeitsmarkt familiengerechter werden muss. Dies schließt ausdrücklich die Verantwortung der Arbeitgeber für die Flexibilisierung der Arbeitszeit und damit für die Ermöglichung von mehr Familienzeit mit ein. Denn nur eine familiengerechte Arbeitswelt kann es Familien ermöglichen, die vielfältigen gesellschaftlich relevanten Herausforderungen zu meistern, vor denen sie aktuell stehen. Hierzu gehören die partnerschaftliche Aufteilung von Fürsorge-, Haus- und Erwerbsarbeit ebenso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

für beide Geschlechter. Um dies zu unterstützen, wollen wir NRW zum Pionierland für eine familiengerechte Arbeitswelt ausbauen. Dabei wollen wir insbesondere dafür sorgen, dass der Öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion einnimmt.

Mit der Verabschiedung des KiBiz wurde den Eltern größere Flexibilität bei den Betreuungszeiten versprochen. Fakt aber ist, dass 25 Stunden kaum gebucht, in vielen Kitas nicht einmal angeboten werden. Daher stellt sich die Frage nach 25-Stunden-Kontingenten zukünftig nicht mehr. 35 Stunden sind für viele erwerbstätige Eltern keine Option. 45 Stunden sind in einigen Kommunen mit sehr hohen Elternbeiträgen verbunden. Wir wollen uns von den starren Buchungszeiten des KiBiz verabschieden und den Eltern für über die 30 Stunden hinausgehenden Betreuungsbedarf flexible und verlässliche, aber für Eltern und Kita gleichermaßen verbindliche Buchungsoptionen ermöglichen. Grundsätzlich soll es für jede Kindertageseinrichtung über die Kernzeit von 30 Stunden hinaus eine Mindestöffnungszeit von 35 Stunden wöchentlich geben. In der Regel sollen Kitas aber 45 Stunden geöffnet sein. Darüber hinaus soll für alle Eltern auch eine Kita mit Öffnungszeiten von 7 bis 18 Uhr einfach zu erreichen sein. Für Bedarfe, die über die genannten Zeitkorridore hinausgehen, sollen in den Jugendamtsbezirken mit Unterstützung des Landes flexible Möglichkeiten geschaffen werden.



Die CDU Nordrhein-Westfalen strebt eine größere Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten bei gleichzeitiger Verbesserung ihrer pädagogischen Qualität an. Dafür müssen die Betreuungsangebote in den sogenannten Randzeiten verbessert werden. Randzeitenbetreuung sollte in diesem Sinne nicht die Regel sein, sondern sporadische Bedarfe abdecken bzw. auf die Erfordernisse von Schichtarbeit reagieren. Entsprechende Modelle sind vor Ort zu entwickeln.



Für eine gute pädagogische Arbeit müssen Kernbetreuungszeiten definiert werden. Die Kindertageseinrichtung ist eine Bildungsinstitution und die pädagogische Arbeit muss gewährleistet sein. Wir müssen neben den Kernbetreuungszeiten Zeit-Korridore für die Öffnung und Schließung der Einrichtungen schaffen, die an die Bedürfnisse der Eltern angepasst ist.



Die Zahl der Kitas, die in Nordrhein-Westfalen noch nach 17.00 Uhr geöffnet hat, ist unter der rot-grünen Landesregierung mittlerweile auf unter vier Prozent gefallen. Die durchschnittliche Schließzeit einer Kita betrug 21,8 Tage im Jahr – für die Eltern ist das eine erhebliche organisatorische Herausforderung und Belastung. Diese von SPD und Grünen zu verantwortende Entwicklung ist inakzeptabel, die Kindertageseinrichtungen müssen deshalb mit einer guten Kita-Finanzierung (siehe unten) wieder in die Lage versetzt werden, längere Öffnungszeiten und Betreuung in den Ferienzeiten anbieten zu können. Die Lebenswirklichkeit umfasst aber nicht nur das klassische „9.00 bis 17.00 Uhr“-Arbeitsverhältnis. Gerade Eltern, die in Schichtarbeit tätig sind, und insbesondere Getrennt- oder Alleinerziehende brauchen nicht nur in den Randzeiten, sondern auch abends und über Nacht eine Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder. Einige Kitas sollten sich deshalb zu 24-Stunden-Kitas entwickeln können, die zu jeder Zeit Betreuung anbieten. Dies bedeutet nicht, dass Kinder 24 Stunden in einer Kita verbringen; vielmehr wird dadurch ein Angebot geschaffen, mit dem Kinder etwa während der

Nachtschicht der Eltern versorgt sind. Insgesamt soll die Zeit, die ein Kind in einer Kita verbringt, 45 Stunden pro Woche nicht übersteigen. Für die Randzeitenbetreuung erscheinen auch Kooperationen zwischen Kitas und Kindertagespflege als gute Lösung – Kommunen und Träger sind beim Ausbau solcher Angebote zu unterstützen. Zusätzlich müssen auch weiterhin zahlreiche U3- und Ü3-Plätze geschaffen werden, damit für jedes Kind ein wohnort- oder arbeitsplatznaher Betreuungsplatz zur Verfügung steht.



Kita kann generell nur so flexibel sein, wie das Kindeswohl erlaubt. So sehr Randzeitenbetreuung aus Eltern- oder Unternehmenssicht z.B. wünschenswert sein mag, so kann es nicht im Interesse des Kindes sein, morgens um 5 Uhr geweckt zu werden, um zur Kita gebracht zu werden und dort womöglich erst wieder am späten Abend abgeholt zu werden. Für uns ist wichtig, dass frühkindliche Bildung in Kitas auch gelebt wird und die Kita nicht als bloße Betreuungsstätte wahrgenommen wird.

Es gibt Grenzen der Belastbarkeit des Personals und vor allem der Kinder. Sofern Eltern auf Randzeitenbetreuung angewiesen sind, müssen andere Modelle die reguläre Kita ergänzen. Kindertagespflege ist hier ein entsprechender Lösungsansatz.

Projektgruppe Kita: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat angekündigt, 30 Stunden beitragsfrei zu stellen, weitere Betreuungsstunden sollen durch die Eltern selbst finanziert werden. Wie stehen Sie zur Beitragsfreiheit?



Die NRWSPD will die Kitas komplett beitragsfrei stellen und diesem Ziel in der kommenden Wahlperiode ein großes Stück näher kommen. Zukünftig stellen wir eine Betreuungszeit von 30 Wochenstunden für alle Kinder unabhängig von ihrem Alter beitragsfrei. Damit machen wir einen weiteren großen Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Darüber hinausgehende Betreuungszeiten werden landeseinheitlich und durch eine soziale Staffelung gerecht geregelt. Damit entlasten wir Familien finanziell mehr als jede Steuerreform der letzten 20 Jahre.



Die von uns angestrebte Weiterentwicklung der Betreuungsqualität in der Kindertagesbetreuung kann nicht durch Schulden finanziert werden, die nur die künftigen Generationen belasten. Stattdessen bekennen wir uns zu einer gemeinsamen finanziellen Verantwortung von Land, Kommunen, Trägern und Eltern. Das Land muss dennoch darauf hinwirken, dass Bildung und Betreuung nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Daher sollen, sobald es der Landeshaushalt zulässt, die Bildungs- und Betreuungsgebühren von der Kita bis zur Hochschule abgeschafft werden. Sollte der Bund finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, die die Einführung einer Elternbeitragsfreiheit zu einem früheren Zeitpunkt ermöglichen, würden wir dies ausdrücklich begrüßen und umsetzen. Unabhängig davon und

vorrangig soll das Land die qualitative Weiterentwicklung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen vorantreiben.



In der grünen KITA-Politik hat Qualitätsausbau Priorität. Eine qualitativ hochwertige Bildung bildet den Grundstein für die gute Entwicklung unserer Kinder. Chancengleichheit erreichen wir vor allem durch ein qualitativ gutes Angebot in der frühkindlichen Bildung, indem wir kleinere Gruppen konzipieren und den Erzieher*innen mehr Zeit für die pädagogische Arbeit mit den Kindern ermöglichen. Die Arbeitsbedingungen von Erzieher*innen müssen verbessert und sie müssen besser entlohnt werden. Auch für inklusive und interkulturelle Kindertageseinrichtungen benötigen wir zusätzliche Mittel, um Fachpersonal einzustellen und multiprofessionelle Teams zu bilden. Grundsätzlich wollen wir perspektivisch die Beitragsfreiheit auch im Kita-Bereich erreichen. Wir wollen in einem ersten Schritt die Familien mit niedrigen Einkommen entlasten.



Beitragsfreie Kindergärten sind wünschenswert und unser langfristiges Ziel. Die Kitas in NRW sind jedoch zu stark unterfinanziert, um dies sofort umzusetzen. Kleinere Gruppen, mehr Erzieherinnen und flexiblere Öffnungszeiten haben Vorrang. Zusätzliche Mittel müssen also zunächst in die Qualität und Quantität der Kita-Plätze investiert werden.



Im Zuge der letztjährigen Haushaltsberatungen im Landtag NRW hat die Piratenfraktion als einzige beantragt, das fünf bzw. sieben Jahre alte Versprechen aus den Koalitionsverträgen endlich einzulösen und die zur Realisierung der Beitragsfreiheit notwendigen Gelder landesseitig freizugeben. Unser Vorstoß wurde leider durch die anderen Fraktionen vereitelt, doch wir werden auch weiterhin für Beitragsfreiheit kämpfen. Bildung muss unserer Auffassung nach "von der Krippe bis zur Uni" kostenfrei sein, damit Zukunftschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Zurzeit ist das in Deutschland noch stärker als in den meisten anderen Ländern der Fall. Wenn Familien sowieso schon streng haushalten müssen und auch kein Geld für private Förderung ihrer Kinder haben, dürfen Beiträge sie nicht auch noch gegen ihren Willen davon abhalten, das öffentliche Angebot der Kitas zu nutzen.

Projektgruppe Kita: Der Elementarbereich ist die erste Stufe des öffentlichen Bildungssystems. Vernünftige Rahmenbedingungen für die Bildungsarbeit sind hier eine wichtige Säule.

- **Wie sehen diese Rahmenbedingungen für Sie aus? (Betreuungsschlüssel, Verfügungszeiten für mittelbare-pädagogische Arbeit, Personalbemessung)**
- **Wie wollen Sie eine auskömmliche Finanzierung erreichen, die eine Aufgabenerfüllung im Bereich Bildung, Erziehung und Betreuung langfristig sichert, die sich an den tatsächlichen Kosten der im Gesetz beschriebenen Aufgaben orientiert und gleichzeitig eine Trägervielfalt sicher stellt?**
- **Wie wollen Sie in Zeiten des Fachkräftemangels eine adäquate Personalausstattung gewährleisten?**



Unter den aktuellen Bedingungen des KiBiz gibt es einerseits den im Anhang zu §19 beschriebenen Schlüssel mit dem ersten Mindestwert und dem höheren zweiten Wert sowie andererseits das real vorhandene Personal und den sich daraus ergebenden tatsächlichen Schlüssel. Dieser ist nach unserer Auffassung nicht ausreichend. Ein Kernelement unseres neuen Gesetzes, das aus Sicht der NRWSPD das KiBiz ablösen soll, ist es, den im geltenden Gesetz beschriebenen zweiten (höheren) Wert tatsächlich im Kitaalltag zu erreichen. Damit nähmen wir bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Dazu bedarf es einer ausreichenden finanziellen Grundlage und für künftige Veränderungen auskömmlicher Anpassungen. In einem neuen Gesetz für die frühkindliche Bildung in NRW wird die NRWSPD zudem Festlegungen und Konkretisierungen treffen, die bei der Personalplanung und Umsetzung zu berücksichtigen sind, wie z.B. Anwesenheitszeiten des Personals und die direkte pädagogische Arbeitszeit der Fachkräfte. So wollen wir auch sicherstellen, dass Leitungen ihren Aufgaben nachgehen können und Erzieher/Innen ausreichend Zeit für die Vorbereitungen, Dokumentationen, Absprachen, Elternarbeit und Vernetzung haben. Diese Festlegungen werden durch vorherige Gespräche mit den Trägern, den Kommunen, den Organisationen der Beschäftigten und Eltern entwickelt.

Seit 2010 hat die SPD-geführte Landesregierung die Mittel für die frühkindliche Bildung in NRW auf gut 2,8 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Damit hat die NRWSPD bewiesen, dass sie bereit, willens und in der Lage ist, quantitativen und qualitativen Zielvorstellungen auch die finanziellen Konsequenzen folgen zu lassen. Bereits jetzt ein konkretes Mittelvolumen zu beziffern, wäre in der Sache kaum möglich. Die Beschreibung der quantitativen und qualitativen Eckpunkte für ein neues Kindergartengesetz und die damit formulierten Handlungsnotwendigkeiten in qualitativer wie quantitativer Hinsicht, die Notwendigkeit der laufenden Anpassung an Tarif- und Sachkostenentwicklungen machen jedoch deutlich, dass die NRWSPD mit einem erblichen zusätzlichen

Mitteinsatz rechnet und dafür auch einsteht. Dabei wird der Qualitätsaspekt so viel kosten, wie für einen guten Personal- Kind-Schlüssel in Verbindung mit den dann gültigen Tarifverträgen erforderlich ist. Darin sind dann die Elternbeiträge einkalkuliert. Der Platzausbau wird so viel kosten, wie Bedarfe bei den Jugendämtern angemeldet werden. Hier gilt weiterhin: Jeder vom Jugendamt angemeldete Platz wird vom Land finanziert. Wir wollen die strukturelle Unterfinanzierung des Systems beenden und können daher nicht vorhersagen, wie die Anteile sich zukünftig zueinander verhalten werden. Die konkreten Summen und Anteile ergeben sich vielmehr aus der konkreten Entwicklung der entsprechenden Bedarfe der Eltern und der Tarifierung der Beschäftigten. Für den Betreuungsschlüssel gelten die genannten Festlegungen. Grundlage dessen ist die aus Sockelfinanzierung und Zuschuss bestehende neue Finanzierungssystematik für die frühkindliche Bildung in NRW. Das Land soll nach unseren Vorstellungen künftig die Hauptverantwortung für die Sockelfinanzierung der beschriebenen 30 Stunden übernehmen. Die Finanzierung erfolgt wie bei der Verdopplung zwischen 2010 und 2017 aus dem allgemeinen Haushalt und schließt eine entsprechende Prioritätensetzung bei der mittelfristigen Finanzplanung des Landes mit ein. Den Kommunen käme dann umgekehrt die Hauptverantwortung für den geringeren, darüber hinausgehenden Teil zu, die Träger würden in angemessener Weise einen Eigenanteil erbringen. Eltern sollen nur noch für einen Teil des Bedarfs, der über die Betreuung in Kernzeiten hinausgeht, herangezogen werden können, sofern sich kein anderer Finanzierungspartner zur Übernahme bereiterklärt. Für uns ist dabei klar, dass diese Heranziehung landeseinheitlich und sozial gestaffelt zu erfolgen hat.

Der Fachkräftemangel ist innerhalb von NRW regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Vor allem in Ballungsgebieten haben wir eine angespannte Situation zu verzeichnen. Mit Blick auf zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten für das Berufsfeld der Erzieherin / des Erziehers ist zunächst eine sorgfältige und ausdifferenzierte Analyse notwendig, die wir anstoßen werden. Darüber hinaus plädieren wir für den verstärkten Einsatz von Fachkräften mit Hochschulabschluss (etwa aus den Studiengängen der Frühpädagogik) sowie der Fortbildung von Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern. Insgesamt sind gemeinsame Anstrengungen unterschiedlicher Akteure erforderlich. Wir werden den erforderlichen Prozess hierzu initiieren. Mit Blick auf den künftigen Fachkräftebedarf müssen auch vermehrt Plätze für Praktika im Anerkennungsjahr geschaffen werden. Gemeinsam mit den Trägern, Gewerkschaften und Elternvertretern treten wir zudem dafür ein, dass der Arbeitsplatz Kita endlich die Anerkennung findet, die die Beschäftigten dort schon lange verdienen. Dies beinhaltet neben einer fairen tariflichen Bezahlung für alle auch sichere Arbeitsverhältnisse, ein gesundes und förderliches Arbeitsumfeld, ausreichende Zeiten für Vor- und Nachbereitung, Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie die angemessene gesellschaftliche Anerkennung.



Die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung steht für die CDU Nordrhein-Westfalen an oberster Stelle. Dazu gehört für uns die Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels. Daneben wollen wir uns für einen Bürokratieabbau in den Kitas einsetzen, damit den Erzieherinnen und Erziehern mehr Zeit für die pädagogische Arbeit mit den Kindern bleibt. Die bleibenden Verwaltungsaufgaben wollen wir in die Personalstunden einrechnen.

Erzieherinnen und Erzieher leisten wertvolle Arbeit. Durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) ist die Kindertagesbetreuung zum qualitativen Beginn der Bildungskette geworden. Damit haben sich auch

die Anforderungen im Kita-Alltag in den letzten Jahren gewandelt: In der Kindertagesbetreuung werden Kindern zentrale Kompetenzen vermittelt, jedem Kind soll eine individuelle Förderung zuteilwerden. Das ist notwendig, denn die frühkindliche Bildung ist eine wichtige Phase für die spätere Bildungsbiografie.

Es gilt dafür Sorge zu tragen, die existierenden Rahmenbedingungen im Tätigkeitsbereich der Kindertagesbetreuung fortzuentwickeln und dahingehend auszugestalten, dass das pädagogische Personal den heutigen Erwartungen und Anforderungen an die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung gerecht werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Betreuungspraxis in Kitas unter Berücksichtigung der gestiegenen Arbeitsanforderungen systematisch untersuchen und dabei insbesondere die Organisationsstrukturen, die Personalausstattung, die Fortbildungsmöglichkeiten des Personals sowie weitere besondere Herausforderungen (Inklusion, Zuwanderung, unterschiedliche Familienformen etc.) einbeziehen. Außerdem wollen wir ein Pilotprojekt im Sinne einer verwaltungsminimierten Kindertagesbetreuung - ggf. unter Einbindung von Verwaltungsassistenzen - initiieren.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt Aussagen über die detaillierte Ausgestaltung der Kita-Finanzierung für unseriös halten. Über ein so wichtiges Thema muss nach der Wahl gemeinsam mit dem Koalitionspartner, den Trägern, Erzieherinnen und Erziehern und Eltern in einem transparenten Verfahren beraten werden. Grundsätzlich misst die CDU Nordrhein-Westfalen dem Thema Kita-Finanzierung eine große Bedeutung bei und wird nach der Wahl mit Hochdruck an einer schnellen und tragfähigen Lösung dieses Themas arbeiten.



Siehe unsere Antwort zu Qualität.

Seit unserer Regierungsübernahme im Jahre 2010 haben wir die Mittel für die frühkindliche Bildung von 1,2 Mrd. EUR in 2010 auf rund 2,8 Mrd. EUR in 2017 mehr als verdoppelt. Wir investieren jährlich über 400 Millionen Euro zusätzliche Landesmittel in die Qualität, Förderung und die Elternbeitragsfreiheit. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden haben wir die Höhe der jährlichen Dynamisierung der Kindpauschale von 1.5 auf 3% gesetzt. Trotz notwendiger Revisionen wollen wir Grüne in NRW ein neues KITA-Gesetz, das den Trägern eine dauerhafte, auskömmliche und transparente Finanzierung sichert. Für uns ist es wichtig, dass alle Träger ihre Erzieher*innen nach Tarif bezahlen und Planungssicherheit haben. Dafür werden wir die Kindpauschale abschaffen und stattdessen eine Sockelfinanzierung einführen, die belegungsunabhängig eine qualitativ hochwertige Grundversorgung aller Einrichtungen sicherstellt. Außerdem möchten wir Kinder je nach Bedarf individuell fördern. Nur so können wir Chancengleichheit für alle Kinder gewährleisten. Die Trägervielfalt ist in unserer Kita-Landschaft wichtig; um diese zu erhalten, werden wir einrichtungsspezifische Kosten in unserer Förderung berücksichtigen. Um eine dauerhaft stabile Finanzierung zu garantieren, werden wir zudem die Personal- und Sachkosten aufgrund von Tarifverhandlungen und mögliche Erhöhungen der Sachkosten indexieren. Wir wollen durch eine Fachkräfteoffensive mehr Erzieher*innen in NRW gewinnen. Um die Qualität der Betreuung zu steigern, ist ein Personalmix aus Fachkräften mit Fachhochschulabschluss, Erzieher*innen und

Kinderpflegerin*innen wichtig. Von Bedeutung ist auch die Bildung multiprofessioneller Teams. Um mehr Fachkräfte zu gewinnen, wird es auch relevant sein, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und den Quereinstieg in den Beruf zu erleichtern, aber dies muss mit der Steigerung und nicht Senkung der Qualität einhergehen.



Rückmeldungen von Eltern, Erzieherinnen und Experten zeigen uns tagtäglich: Die Betreuungsrelationen in den Kitas in Nordrhein-Westfalen sind nicht optimal. Viel zu oft fehlt die Zeit für die wichtige Arbeit mit den Kindern. Gemeinsam mit Eltern, Erzieherinnen und Wissenschaftlern wollen wir die für eine gute frühkindliche Förderung notwendigen Standards wie ein konkreter Personalschlüssel ermitteln und im Zuge der zwingend anstehenden Reform des Kinderbildungsgesetzes umsetzen. Dabei sehen wir es als Selbstverständlichkeit an, dass der festgestellte Personalschlüssel nicht durch die ausbleibende Berücksichtigung von Urlaubszeiten, Krankheit, Fortbildungen und Verwaltungsaufwand ausgehöhlt wird.

Durch die Untätigkeit der rot-grünen Landesregierung seit 2010 sind viele Kitas in Nordrhein-Westfalen chronisch unterfinanziert, da die Finanzierungsanteile des Landes hinter der tatsächlichen Kostenentwicklung zurückgeblieben sind. Nicht alle Träger sind in der Lage, die entstandene Finanzlücke ausgleichen zu können. Darunter leidet die gesamte pädagogische Arbeit und damit einhergehend haben sich die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher verschlechtert. Wir Freie Demokraten wollen die Kindertageseinrichtungen deshalb so schnell wie möglich finanziell absichern. Die Kita-Finanzierung muss wieder den tatsächlichen Aufwand zur Erfüllung der Kita-Aufgaben abdecken. Um dies dauerhaft zu sichern, wollen wir die automatische Erhöhung der Kita-Finanzierung an einen wissenschaftlichen Index koppeln, der vor allem die realen Lohnkostensteigerungen berücksichtigt. Bei einer Kita-Finanzierung, die mit der Tarifentwicklung einhergeht, werden die von Ihnen beschriebenen Probleme nicht auftreten.

Wir warnen die Landesregierung schon seit Langem vor dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel, trotzdem wurde er von der rot-grünen Landesregierung bisher ignoriert. Gerade um zukünftig bessere Personalschlüssel realisieren zu können, müssen bereits jetzt mehr Fachkräfte ausgebildet werden. Dafür wollen wir die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher weiterentwickeln. Kernpunkt soll dabei die Möglichkeit einer dualen Ausbildung mit angemessener Vergütung sein. Außerdem sollen Fachkräfte aus der Logopädie, Ergotherapie sowie an Hochschulen ausgebildete Kindheitspädagoginnen und -pädagogen verstärkt in den Kitas eingesetzt werden.



In den Sachverständigenanhörungen zu unserem Antrag, in Studien und Medienberichten der letzten Jahre wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, welche Probleme bestehen und welche Mindeststandards aus pädagogischer Sicht einzuhalten wären. Inhaltlich möchten wir z.B. auf die sehr detaillierte Studie der Hochschule Niederrhein im Auftrag der AWO oder die Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung verweisen. Wir Piraten werden weiterhin dafür kämpfen, dass die Kita-Finanzierung so gestaltet wird, dass die Rahmenbedingungen fachlichen Standards genügen. Das ist für uns unverhandelbar, weil hier Kinder in der prägendsten Phase ihres Lebens betroffen sind.

Als Dreh- und Angelpunkt hat sich für uns in den letzten Jahren eine auskömmliche Finanzierung herausgestellt, die den tatsächlichen Kosten Rechnung trägt. Wir sind der festen Auffassung, dass Kitas einen nicht wegzudenkenden gesellschaftlichen Beitrag leisten und deshalb die falsche Adresse für Sparziele sind. Im Landtag hat sich die Piratenfraktion deshalb laufend für eine Erhöhung der Steigerungsrate der Kindpauschale eingesetzt und zuletzt vergangenen Dezember beantragt, die dem System fehlenden 2 Milliarden Euro freizugeben. Zurzeit – und leider seit Jahren – sind die Kitas in NRW gnadenlos unterfinanziert, so dass Träger ständig vor der unmöglichen Aufgabe stehen, weiteres "Einsparungspotential" zu finden. Das führt in allen angesprochenen Punkten zur Verschlechterung der Qualität und der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Schlechte Rahmenbedingungen sind in NRW eindeutig eine Folge fehlenden Geldes, hauptsächlich für Personal.

Bund und Land müssen deutlich mehr investieren. Es wird überall von der Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung gesprochen – das muss man auch entsprechend im Haushalt abbilden. Wir werden fortfahren, den Experten aus Wissenschaft und Praxis (Träger und Fachpersonal) Gehör zu verschaffen, wenn sie ausführen, wie alternativlos die Gewährleistung der pädagogischen Mindeststandards ist. Mit einer ausreichenden landesseitigen Förderung lässt sich verhindern, dass sich (vor allem kleinere) Träger gezwungen sehen, ihre Kitas abzugeben oder gar zu schließen.

Hier hört man immer wieder, dass den Beschäftigten mehr Wertschätzung entgegengebracht werden müsse. Das ist zweifelsfrei richtig, doch hier darf es nicht bei schönen Worten bleiben. Im Kita-Bereich machen Personalkosten fast 80% der Gesamtkosten aus, weshalb Träger in finanziellen Schwierigkeiten gezwungen sind, zuerst am Personal zu sparen. Die Folge sind schlechte Bezahlung, häufigere Befristungen und Teilzeitverträge, Entlassungen (dienst-)älterer und damit teurer eingruppierter Kräfte und ähnliches. Die noch Beschäftigten wiederum leiden unter Überbelastung, weil sie zu viele Kinder betreuen und viele zusätzliche Aufgaben erledigen müssen, für die eigentlich ergänzendes Personal vorhanden sein sollte. Solche Bedingungen ermutigen niemand, sich – bei aller Liebe zur Aufgabe – für diesen Berufsweg zu entscheiden. Wir glauben nicht, dass das Interesse an sozialen Berufen nachgelassen hat – sie müssen nur wieder so bezahlt und ausgestaltet werden, dass Lehrer, Eltern und Berufserfahrene jungen Menschen nicht zum Selbstschutz von der Wahl abraten müssen. Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, machen z.B. Werbekampagnen Sinn. Hier halten wir für lohnend, auch verstärkt die zurzeit stark unterrepräsentierten Männer in den Blick zu nehmen.